

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortstellung: Abonnementpreis 0,75 RM.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 16 Pf. mehr.  
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hilfs-Zentralrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 428.

Nr. 24.

Berlin, Sonnabend, 23. März 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Streik der Ruhrbergleute abgebrochen! —  
Rebe des Abgeordneten Gotthein zur Interpellation  
über den Bergarbeiterstreik. — Eine Kritik der gelben  
Gewerkschaften. — Allgemeine Rundschau. — Ver-  
bands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Der Streik der Ruhrbergleute ab- gebrochen!

Schneller, als wohl allgemein erwartet wurde, hat der gewaltige Kampf im Ruhrgebiete sein Ende gefunden. Die Drohungen der Besondereverwaltungen hatten ihre Wirkung auf die unorganisierten Arbeiter nicht verfehlt. Schon am Montag zeigte sich, daß die Zahl der Streikenden erheblich abgenommen hatte, und auch bei den späteren Schichtwechseln stellten sich immer mehr Arbeitswillige ein. Damit war für jeden denkenden Menschen die Aussicht genommen, daß der Streik zu einem für die Arbeiter günstigen Ende durchgeführt werden konnte. Willst du der Arbeiterführer war es deshalb nunmehr, den Kampf auf der Höhe abzubrechen, anstatt ihn allmählich abdrücken und im Sande verlaufen zu lassen. So wurde denn zum Dienstag eine Delegiertenkonferenz nach Bochum einberufen, die nach vierstündigen Beratungen den Abbruch des Streites beschloß, weil die Zahl der Ausständigen bis auf weniger als die Hälfte der Gesamtbelegschaft heruntergegangen war. Zwar stimmten von den 577 Delegierten noch 349 für die Fortführung des Streiks und nur 215 für seine Beendigung. In dessen zur Fortsetzung war eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Da diese nicht mehr vorhanden war, wurde der Ausstand nach neuntägiger Dauer für beendet erklärt.

Leicht ist den Führern dieser Entschluß nicht gefallen; er hat sie sicherlich eine große Ueberwindung gekostet. Aber er mußte gefaßt werden, wenn nicht den Arbeitern schwere Entbehrungen auferlegt und die Organisationskassen unnützlich geschwächt werden sollten. Erfreulich ist aber vor allem, daß die Saltung der Führer in den Kreisen der Arbeiter volles Verständnis gefunden hat. Die Mahnung, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, konnte zwar nicht in vollem Maße befolgt werden, da die Besen zum Teil die Leute nicht auf einmal wieder einstellen konnten. Jedenfalls aber steht fest, daß die Arbeiter, wenn auch zum Teil schweren Herzens, die Anweisungen ihrer Führer befolgt haben und daß in wenigen Tagen der Betrieb im gesamten Ruhrkohlenrevier wieder im vollen Gange sein wird. Die Ordnung und die Disziplin, die von den Ausständigen während des jüngeren Kampfes beobachtet worden sind, haben sich also auch bei der Wiederaufnahme der Arbeit in glänzendstem Lichte gezeigt.

Der Kampf ist zu Ende. Was nun? Das Herrenmentum der Grubenbesitzer hat noch einmal den Sieg davon getragen. Wird es diesen Sieg dazu benutzen, die Arbeiter seine Macht noch stärker fühlen zu lassen, oder wird es so viel Einsicht besitzen, die berechtigten Forderungen der Bergleute zu erfüllen? Denn die Forderungen enthielten nichts Unbilliges, und sie werden wieder erhoben und endlich auch durchgeführt werden, entweder mit oder gegen den Willen der Besondereverwaltungen. Die Ruhrbergleute werden nicht ruhen noch rasten, bis man ihnen das gewährt hat, was sie als arbeitssame Menschen zu verlangen haben.

Tiefer Groll erfüllt jetzt die Herzen so manchen Bergmanns, der geglaubt hat, durch den Streik eine Wiederrung seines harten Loses erkämpfen zu können. Das wäre auch möglich gewesen, hätten nicht die Christlichen sich von der Bewegung ausgeschlossen. Die Gründe, die sie für ihr Verhalten ins Feld führen, werden selbst von Unparteiischen nicht als stichhaltig angesehen. Die Nebenarten, es habe sich um einen Sympathiestreik für die eng-

lischen Bergarbeiter gehandelt, und die ganze Bewegung sei eine sozialdemokratische Masche gewesen, verdienen eine Widerlegung nicht. Die Tatsachen selbst strafen sie Lügen. Mit viel größerem Rechte darf man behaupten, daß die christlichen Führer sich aus rein politischen Gründen an der Bewegung nicht beteiligt haben. Wie dem aber auch sei, da die Christlichen die Forderungen der Streikenden in jeder Beziehung als vollberechtigt anerkannt haben, und diese Forderungen nur durchgeführt werden konnten, wenn alle Arbeiter einig waren, so trifft unbedingt den christlichen Gewerksverein die Verantwortung dafür, daß die Bemühungen auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute bereitet worden sind. Wir werden ja sehen, was die Besondereverwaltungen tun werden. Mag sein, daß hier und da kleine Lohn-erhöhungen und vielleicht auch einige andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewilligt werden. Im großen und ganzen aber werden sich die Hoffnungen der Christlichen auf die Verbesserungen der Besondereverwaltungen als trügerisch erweisen.

Vielen bisher indifferenten Bergleuten hat der Kampf die Augen geöffnet. Sie müßten leicht erkennen haben, wie schwer sie sich an ihrer Familie verunsichern, wenn sie weiterhin der Organisation fernbleiben. Nur durch festen Zusammenhalt mit ihren Berufskameraden sind sie in der Lage, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Nur wenn sie Mitglied einer starken Organisation sind, besitzen sie in solchen Kämpfen einen starken Rückhalt. Deshalb hat denn der Kampf wenigstens das Gute gehabt, daß zahlreiche Unorganisierte sich der Organisation angeschlossen haben. Das ist gewiß erfreulich und wird für die Zukunft ein besseren Erfolg sichern. Andererseits aber hat der Kampf das Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen entschieden verschlechtert. Die Mehrzahl der Ruhrbergleute, die doch am Kampfe beteiligt waren, wird dem christlichen Gewerksverein so leicht keine verdräuerische Haltung nicht vergessen. Mancher Kampf wird unter den Organisationen ausgefochten werden. Die Kräfte, die so notwendig sind zum Kampfe gegen das rücksichtslose Unternehmertum im Bergwerksbetriebe, werden zum Teil zerplittert werden in den gegenseitigen Feinden der Organisationen untereinander. Auch daran tragen die Christlichen die Schuld.

Es war ein eigentümlicher Zufall, daß das Ende des Streiks zusammenfiel mit der Beipredung der Streikinterpellationen im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Rolle, welche hier die christlichen Gewerkschaftsführer spielten, war ebenso kläglich wie im Reichstage. Allerdings kann auch die Art, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten die Debatte führten, nicht als förderlich bezeichnet werden. Viel größeren Eindruck mußte die ruhige und sachliche Rede machen, die der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Bachmick hielt. Bedauerlich ist nur, daß das preussische Abgeordnetenhaus dafür einen recht ungeeigneten Resonanzboden abgab. Die Verhandlungen sind durch die Ereignisse lange unterbrochen. Wir dürfen es uns daher verlagern, darauf noch näher einzugehen.

Das letzte Wort über diesen demütigenden Kampf, den dritten, den die Bergleute des Ruhrreviers durchgeführt haben, ist noch nicht gesprochen. Jetzt aber gilt es, die Wunden zu heilen, die er geschlagen hat. Wohl verfügen die Organisationen der Arbeiter über stützliche Mittel. Dieselben dürfen aber nicht erschöpft werden, will man die Bergleute nicht völlig der Willkür der Schachtmacher ausliefern. Indessen vor der größten Not müssen die nützlichen Kämpfer bemacht werden. Dazu sollen in erster Reihe die Mittel dienen, welche die deutsche Arbeiter-

schaft freiwillig aufgebracht hat. Die Sammlungen in unseren Ortsvereinen dürfen deshalb vorläufig noch nicht eingestellt werden. Der Opfermut der Kollegen muß sich auch weiterhin betätigen. Vor allen Dingen aber muß das Geld, das bisher gesammelt worden ist, unverzüglich eingezahlt werden, damit es unserm Gewerksverein der Bergarbeiter so schnell wie möglich zugeföhrt werden kann. An anderer Stelle wird über die bis zum Donnerstag eingegangenen Gelder quitiert. Es darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß auch diejenigen Ortsvereine und Ortsverbände, die bisher Gelder gesammelt haben, ihrer Pflicht nachkommen und ebenfalls die aufgetragenen Beträge sofort einleihen. Schnelle Hilfe tut not, und doppelt gibt, wer schnell gibt.

Von den übrigen Bergarbeiterkreisen ist zu melden, daß auf den Gruben des Saarreviers den Arbeitern so viel Entgegenkommen gezeigt wurde, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. In Oberschlesien haben die Bergleute nicht so viel Disziplin gezeigt wie im Ruhrgebiet. Auf verschiedenen Gruben sind, entgegen den Mahnungen der Führer, sogenannte wilde Streiks ausgebrochen, die zum Teil einen größeren Umfang angenommen haben. Es ist bezeichnend, daß die große Mehrzahl der Ausständigen unorganisiert ist. Im sächsischen Kohlenrevier hat die Bewegung größere Ausdehnung angenommen und auch auf den Gruben des Deister-Reviers dauert der Ausstand zunächst noch fort.

Auch im Auslande kann von einem Abflauen der Streikbewegung kaum irgendwas die Rede sein. In den böhmischen Kohlenstrichen sind weitere Ausstände zu verzeichnen, so daß allein im Brüxer Gebiet mehr als 3000 Streikende vorhanden sind. Auch in den französischen Bergrevieren hat sich die Zahl der Ausständigen nicht unerheblich vermehrt. Welchen Gang die Bewegung in den Vereinigten Staaten nehmen wird, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen.

In England nimmt der Kampf seinen Fortgang. Nicht allein die Bergarbeiter streifen weiter, auch etwa 1 Million anderer Arbeiter sind in Mitleidenschaft gezogen und zu unfreiwilliger Ruhe verurteilt. Außerdem arbeiten etwa 300 000 Arbeiter nur einen halben Tag. Das Geld der englischen Regierung auf Einföhrtung von Mindestlöhnen hat nicht diejenige Aufnahme gefunden, die man erwartet hat. Die Bergarbeiterkonferenz hat es als unannehmbar bezeichnet, und auch im Parlament sieht man den Verhandlungen recht skeptisch entgegen. In den nächsten Tagen wird die Entscheidung fallen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob dadurch dem gewaltigen Kampfe ein Ziel gesetzt wird.

### Rede des Abg. Gotthein zur Inter- pellation über den Bergarbeiterstreik.

(Fortsetzung.)

Meine Herren, da wird nun gesagt, die Forderung sei ganz unerhört; 15 Prozent Erhöhung koste 75 Millionen Mark mehr, und mit den Nebenlosten für die Arbeiterversicherung und die Knappschaftsbeiträge würde das 80 Millionen Mark machen; das

\*) Obgleich der Bergarbeiterstreik abgebrochen worden ist, geben wir diese Rede in ihren Hauptteilen wieder, da die Bergarbeiter ihre Forderungen sicherlich zu einer späteren Zeit wieder stellen werden und die Begründung in der Rede Gottheins auch dann noch zureichend sein wird.

würde eine Preiserhöhung der Selbstkosten von 90 Pfennig auf die Tonne Kohlen bedeuten, während die Preiserhöhung, die am 1. April eintreten soll, für die Tonne Kohlen nur 70-80 Pfg. betrage. Wenn Forderungen seitens der Arbeiter und seitens der Arbeiterverbände in Lohnfragen gestellt werden, so beweist das nicht, daß nicht eine Einigung zu erzielen ist, auch wenn diese Forderungen nicht bis zum letzten Titelchen erfüllt werden. Es wird bei allen diesen Bewegungen doch immer etwas vorgeschlagen, und es findet eben eine Einigung auf irgendeiner mittleren Linie statt, die ja hier vielleicht nicht ganz in der Mitte, sondern nach der höheren Seite, näher an 15 als an 1 Prozent, will ich mal sagen, gelegen haben würde. Immerhin wäre eine Verständigung möglich gewesen. Verhandeln heißt doch in solchen Fällen handeln. Da handelt man sich gegenseitig etwas ab, und wenn man annimmt, 10 Prozent würden bewilligt, so wäre das eine Erhöhung der Selbstkosten auf die Tonne Kohlen um 90 Pfennig. Da würden immer noch 10 bis 20 Pfennig mehr Profit auf die Tonne Kohlen für die Zechenverwaltungen übrig bleiben, und ich meine, insofern würde die Steigerung der Kohlenpreise, die nun einmal doch am 1. April oder schon früher eintritt, einen berechtigten Anlaß zu einer entsprechenden Erhöhung der Löhne geben.

Run hat der Herr Staatssekretär ausgeführt, eine prozentuale Lohnerhöhung sei technisch unmöglich, und jeder, der etwas von dieser Sache versteht, möchte das. Herr Staatssekretär, Sie gestatten, daß ich Ihnen aus meiner eigenen praktischen Erfahrung in einem Bergarbeiterfeld darüber etwas mitteile. Ich glaube es war im Jahre 1889, als der große Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier war, wo die Arbeiter auch eine prozentuale Lohnerhöhung forderten. Da sich es auch seitens der Bergwerksdirektoren, das sich eine technische Unmöglichkeit, das ging nicht. Als wir — ich weiß nicht, war es den zweiten oder dritten Tag — wieder zusammenkamen — ich als Bergrevierbeamter hielt es natürlich für meine Pflicht, an diesen Sitzungen immer teilzunehmen, um mich zu orientieren und zum Frieden zu reden — da kam der verstorbene Bergwerksdirektor Feitner der dortigen größten Grube, der „Glücksthalgrube“, ein heller Schatz, und sagte: ich weiß nicht, was immer geredet wird, eine prozentuale Erhöhung der Löhne sei nicht möglich; eine 10prozentige Erhöhung ist die einfachste Erhöhung, die es überhaupt gibt, denn sie ist rechnerisch so bequem durchzuführen wie nichts anderes.

(Weiterfeit.)  
Natürlich, meine Herren! Wir haben das Dezimal-system auch in unserer Geldrechnung und ich glaube selbst dem Herrn Staatssekretär des Innern müßte klar sein, daß es tatsächlich außerordentlich einfach ist, jede Mark um 10 Pfennig und jede 10 Pfennig um einen Pfennig zu erhöhen.

(Erneute Weiterfeit.)  
Dieser kluge Sache war so verständig und sagte: das ist ein allgemeines Verstehe, die Sache geht wirklich ganz gut. Man hat es damals dort gemacht, und es ging auch ganz gut.

(Hört! hört! links.)  
Ich wundere mich, daß man heute nach so langen Jahrzehnten immer noch mit denselben Erwägungen kommt.

Run wird gesagt, eine Verkürzung der Schichtzeit in der Weise, wie sie verlangt werde, daß nämlich die Ein- und Ausfahrt in die acht Stunden eingerechnet werden solle, bedeute eine Lohnerhöhung, eine Verteuerung der Produktionskosten um 6 Prozent. Es handelt sich ja um ein Siebentel; das sind ungefähr 6 Prozent, etwas weniger. Aber es ist keineswegs gesagt, daß diese Verkürzung auch eine 6prozentige Minderleistung herbeiführen wird. Der Bergmann kann die acht Stunden, die er heute vor Ort verbringt, nicht in einer Tour arbeiten, da muß er auch seine Erholungsstunden machen, und je länger an sich die Schicht dauert, um so größer sind natürlich auch die Erholungsstunden, umso mehr wird er mit der Zeit angegriffen, und seine Arbeitsleistung läßt nach. Deshalb ist keineswegs gesagt, daß diese Verkürzung unbedingt in demselben Prozentfuß zu einer Steigerung der Selbstkosten führen müßte. Ich meine, es ist nicht zweckmäßig, in einem Fall, wo man die Lohnerhöhung einführt, gleichzeitig auch die Verkürzung der Schichtzeit zu fordern; aber es wäre ja hier verhandelt worden, und man wäre vielleicht doch bei ausreichender Verhandlung und freundslichem Entgegenkommen von beiden Seiten zu einer Verständigung gekommen. Im Ostauer Revier in Oesterreich hat sich seinerzeit herausgestellt, daß mit der Verkürzung der Schichtzeit eine Mehrleistung verbunden gewesen ist.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)  
Auch auf den Gruben der Donnersmarthütte in Ober-schlesien hat die Verkürzung der Arbeitszeit keine Verringerung der Arbeiterleistung herbeigeführt.

(Hört! hört! links.)  
Derartige Erfahrungen sind an verschiedenen Stellen gemacht worden. Es hat ja natürlich all diese Verkürzung der Arbeitszeit eine natürliche Grenze, wo zweifellos eine Minderung der Arbeiterleistung eintreten muß, wenn man die Schicht zu kurz macht.

(Sehr richtig! links.)  
Run ist das Argument in die Debatte geworfen, daß, wenn die Förderkosten dadurch so außerordentlich steigen würden, uns der Weltmarkt in Kohle verloren gehen würde; denn Kohle sei ein Weltmarktar-tikel, und wenn unsere Kohlen dann so viel teurer würden, dann könnten wir auf dem Weltmarkt die Kohlen nicht mehr absetzen, dann müßten wir unsere Betriebe schließen, und das wäre ein nationales Un-

glück. Meine Herren, man soll doch nicht gleich mit solchen schauerlichen Fingeln malen.  
(Weiterfeit links.)  
So gefährlich ist nun die Sache wirklich nicht.

(Sehr richtig! links.)  
Die Kohle ist doch nur in beschränktem Maße Weltmarktar-tikel. Die Frage des Absatzes und des Absatzmarktes ist vor allen Dingen eine Frachfrage. Da gibt es sogenannte beschränkte und unbeschränkte Absatzgebiete, auch auf dem auswärtigen Markt. Die Schweiz ist für uns ein ziemlich unbeschränktes Absatzgebiet, wenigstens die Nordschweiz. Es gibt Teile von Frankreich, die ebenfalls für uns ziemlich unbeschränkt sind. Man muß sich da vor allen Dingen klar werden: sind denn die ausländischen Konkurrenten in der Lage, ihre Produktion so plötzlich zu steigern, daß, wenn wir hier unsere Gruben oder einen Teil derselben zumachen, sie an unsere Stelle treten könnten? Es ist bereits geltend darauf hingewiesen worden, daß unser Auslandsabatz sich in den letzten Jahren in stetig steigender Richtung bewegt hat: also so gefährlich ist die Sache nicht. Ich meine auch nicht, daß, wenn es zu einer Verständigung gekommen wäre, eine derartige Verteuerung unserer Produktionskosten eingetreten wäre, daß wir irgend etwas Nennenswertes von unseren bisherigen Absatzgebieten verloren hätten. Denn man muß auch in Betracht ziehen, daß zweifellos die jetzige Bergarbeiterbewegung in England, unserem größten Konkurrenten auf dem Kohlenmarkt, auch nicht zu einer Ermäßigung der Produktionskosten und damit der Kohlenpreise führt.

(Sehr richtig! links.)  
Run wird die Forderung erhoben, die Arbeiter und Reben-schichten zum Zwecke der Förderungssteigerung zu befreien. Ich kann nicht umhin, zu erklären, daß ich diese Forderung für durchaus berechtigt halte.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)  
Gewiß, Arbeiter, und Reben-schichten müssen immer wieder einmal befreit werden; aber auch hier beschränken sich die Wünsche der drei vereinigten Bergarbeiterverbände — um es kurz auszudrücken — darauf, diejenigen Arbeiter und Reben-schichten wegzulassen, die die Förderungssteigerung bezwecken; nicht dagegen soll bei Betriebsstörungen von Arbeiter- und Reben-schichten abgesehen werden, nicht für Reparaturarbeiten, nicht für Rastfälle und alles das. In dieser Beschränkung erscheint mir diese Forderung keineswegs unberechtigt. Die tätigen Arbeiter und Reben-schichten haben zweifellos die Wirkung, daß sie nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit die Leistung des Arbeiters herabdrücken.

(Sehr richtig! links.)  
Ich habe nicht bloß im Bergbau beobachtet, sondern auch im Eisenhüttenwesen und in anderen Fabrikations-zweigen, daß, wenn wegen Fäulung der Arbeiter einmal auch nur eine Woche mit Überstunden gearbeitet wurde, dann die Arbeiterleistung bereits nach einer Woche in der verlängerten Schichtzeit geringer war als vorher in der kürzeren.

(Hört! hört! links.)  
Denn der Mensch ist nicht eine Maschine, die ununterbrochen im Gang gehalten werden kann. Er ist eine Maschine, die bei Überanstrengung eben nach verhältnismäßig kurzer Zeit nicht mehr dieselbe Arbeitsleistung vollbringen kann wie vorher in kürzerer Zeit.

Meine Herren, es hat auch eine derartige ausge-dehnte Zahl von Arbeiter- und Reben-schichten eine nachteilige Wirkung auf den Gesundheitszustand der Bergarbeiter wie auch der Grubenbeamten, die natürlich dann auch länger in der Grube weilen müssen. Wir haben die bedauerliche Erscheinung im Bergbau, daß die Zahl der Krankentage sehr hoch ist, daß die Arbeiter sehr zeitig beruherig, d. h. invalide werden, und daß die Lebensdauer keine große ist.

(Hört! hört! links.)  
Das bedeutet außerdem eine starke Belastung der Krankenassen, der Invalidenversicherung und der Knappschaftsassen.

(Sehr richtig! links.)  
Alle diese Bedenken lassen es angezeigt erscheinen, diesen Wunsch für berechtigt zu erklären, denn es ist ganz zweifellos: je tiefer die Schächte werden, um so gefährlicher ist der Aufenthalt in den Bergwerken und um so gefährlicher die Verlängerung des Aufenthalts in den Bergwerken. Ich glaube, auch hierüber lassen sich verständige Abkommen treffen.

Run, meine Herren, die weitere Forderung geht auf die von den Bergwerksverwaltungen, den Zechen-verwaltungen vermieteten Arbeiterwoh-nungen. Hier wird eine einmonatliche Kündigung verlangt, damit nicht der Arbeiter, der entlassen wird, mit seiner Familie direkt auf die Straße gesetzt werden kann. Auch das ist ein alter und ein berechtigter Wunsch, ein Wunsch, den dieses Haus sogar bereits im Jahre 1905 mit großer Mehrheit für angemessen und richtig angesehen hat.

(Sehr richtig! links.)  
Wir haben damals unter Nr. 884 der Drucksachen der Session 1905/06 zum Reichsamt des Innern einen Antrag, der nachher in eine Resolution verwandelt wurde — auf Antrag des Herrn Dr. Spaun, bemerkte ich übrigens — eingebracht, in dem es unter anderem hieß:

§ 116 der Gewerbeordnung erhält folgenden Zusatz: Im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses muß dem Arbeitnehmer auf sein Verlangen die ihm vom Arbeitgeber überlassene Wohnung bis zum Schluß des auf die Kündigung folgenden Monats gegen Erstattung der bisherigen Miete belassen werden, entgegenstehende Verabredungen sind rechtsunwirksam.

Meine Herren, es hat damals das ganze Zentrum geschlossen für diesen Antrag gestimmt.  
(Hört! hört! links.)  
Er ist, wie gesagt, mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Sehr richtig! rechts.)  
Es ist eine durchaus billige Forderung, die damit erhoben wird.

Aber damit wird gleichzeitig verlangt eine größere Bewegungsfreiheit in bezug auf Organisations-zugehörigkeit. Auch uns ist mitgeteilt worden, daß gegenwärtig den Bergarbeitern große Schwierigkeiten gemacht werden, in diesen Zechenwohnungen die Blätter zu halten, den Kolporteur, den Vertreter der Organisation usw. zu empfangen, das ist einerseits politische Richtung usw. entgegen. Das ist eine so unwürdige Bevormundung erwachsener Arbeiter,

(Sehr richtig! links.)  
die doch tatsächlich dem Arbeitgeber nichts anderes vermietet, verkauft haben, als ihre Arbeitskraft, daß man diese Forderung durchaus als berechtigt anerkennen muß.

Meine Herren, auch eine Erschwerung des Waren-einkaufs soll damit verbunden sein. Das ist auch eine unbedingte Verwirklichung der Freiheit. Wenn verlangt wird, daß bei derartigen Wohnungen, die von der Zechenverwaltung vermietet werden, kein Zwang zur Zahlung von Kostgängern ausgedeutet wird, so halte ich im Interesse der Gerechtigkeit eine derartige Forderung für durchaus erwünscht.

(Sehr richtig! links.)  
Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das Kostgängerverweien in den Arbeiterfamilien, dazu noch, wenn häufig Tag- und Nachtschicht wechseln, unter Umständen sehr störend auf die Familienverhältnisse wirken kann und in vielen Fällen bedauerlichen Vorkommnissen starken Vorschub leistet.

Run, meine Herren, die Forderung bezüglich der Lohnzahlung, der Abschlagszahlung am 25. und der Restlohnzahlung am 10. des folgenden Monats! Ob man den 25. oder 30. für die Abschlagszahlung oder den 10. und 15. für die Restlohnzahlung nimmt, ist ziemlich gleichgültig; für den Arbeiter kommt es darauf an, daß er alle 14 Tage, zweimal im Monat, Geld in entsprechenden Zwischenräumen in die Hand bekommt, und ich verheße nicht, warum man sich dagegen sträuben soll. In den meisten Bergrevieren ist das schon vollständig üblich, ja wir haben Reviere, in denen schon zweimal im Monat ein Abschlag außer der Restlohnzahlung erfolgt.

(Fortsetzung folgt.)

**Eine Kritik der gelben Gewerkschaften.**

Die Verbreitung, welche die gelben Gewerkschaften in einigen Großbetrieben gefunden haben, ist in der Hauptfrage darauf zurückzuführen, daß manche Meister auf Anweisung der Unternehmer auf die Arbeiter einen Druck zum Eintritt in die gelbe Organisation ausübten. Das beklagen viele Klagen, die namentlich bei der Hauptleitung unseres Gewerkschaftsbereichs der Maschinenbauer aus Mitgliedervereinen erhoben worden sind. Diese Klagen sind indessen so zahlreich geworden, daß sich die Gewerkschaftsleitung deswegen mit dem Deutschen Werkmeisterverbande in Verbindung gesetzt hat, der ebenfalls für ein freies Koalitionsrecht eintritt und deshalb nicht wohl dulden kann, daß seine Mitglieder den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben. Die soziale Kommission des Deutschen Werkmeisterverbandes in Berlin ist denn auch dieser Angelegenheit näher getreten und hat ihre Mitglieder darnach, künftig Propaganda für die Gelben zu machen. Offenlich wird dadurch der gewünschte Zweck erreicht.

Das tatsächlich viele Meister, in völliger Verkennung ihrer eigenen wirtschaftlichen Stellung, die gelbe Bewegung zu fördern bemüht sind, zeigt auch ein Aufsatz des bekannten Sozialpolitikers Dr. Zimmern in der „Deutschen Industrie-beamtenzeitung“ über „Werkmeister und Gelbe Arbeiterbewegung“, in welchem er den Werkmeistern das Verfehlen ihres Verhaltens in eindringlicher und überzeugenden Worten zu Gemüte führt. Was aber diesem Artikel einen besonderen Wert verleiht, das ist die Charakteristik, die zum Schluß von den Gelben gegeben wird. Von ihnen schreibt Dr. Zimmermann, daß sie glauben,

...die etwaigen Gegensätze durch Appelle an das Wohlwollen der Arbeitgeber, die ihren Getreuen doch Vorzüge vor den oppositionellen Arbeitern und Ange-stellten einräumen müßten, im Einzelfalle überbrücken zu können. Der Optimismus dieser Verkünder der gelben Verfassung, die nicht auf der gegenseitigen Anerkennung gleichberechtigter Kräfte, sondern auf dem bekannten Freundschaftsvertrage des Löwen mit seinen Jagdgenossen beruhen soll, ist groß. Kögen einzelne Arbeitgeber die Interessengruppe mit den Arbeitern stets durch Wohlwollen zu lösen bemüht sein, der große Konfliktkampf um Rechte und Preise auf dem Arbeitsmarkt ist ein Massenkampf, in dem nicht das Wohlwollen einzelner, sondern die wirtschaftliche oder moralische Macht der Kollektivkräfte, die Angebot und Nachfrage organisieren, entscheidend ist. In den jetzigen Zeiten aufsteigender Konjunktur profitieren naturgemäß auch die Gelben von den Errungenschaften der unabhängig organisierten Arbeitnehmersverbände, deren Forderungen die Arbeitgeber respektieren müssen,

um brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten. Die Gelben tragen, wie man in England sagt, die Uniform der armen, ohne das Tuch dafür zu bezahlen. Aber die Zeiten des niedergehenden Arbeitsmarktes werden die Kritik in die gelbe Bewegung tragen. Laufende werden dann zwar wegen ihrer Zugehörigkeit zu gelben Vereinen vor der Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben. Die unabhängigen Arbeiterorganisationen sollen dann aber durch Entlassung ihrer Mitglieder im Kern getroffen werden. Wenn den Gelben aber, wenn das gelangt, wenn keine Opferwilligen Vorkämpfer der Arbeitnehmerinteressen mehr diese machtlos gegen die wohlorganisierten Arbeitgeberinteressen zu verteidigen und wenn die Emporgänge imstande wären, wenn die Gelben keine Rückendeckung in den unabhängigen Arbeitern und Angestellten mehr hätten, sondern ausschließlich auf Gnade oder Ungnade der Interessensregulierung der Arbeitgeber überlassen wären. Dann wäre der Arbeiterbrocken, auf dem sie heute spekulativ ihr Nest bauen!

Die gelbe Arbeiterbewegung ist in kleinem Umfange eine harmlose Gründung jener Kluge, die andere für sich die Kantianen aus dem Feuer holen lassen, sich dabei selbst die Feuerversicherungsprämie ersparen und obendrein über die wütenden Kanariener der Kameraden, die sich ins Feuer wagen und dabei nicht glimpflich zupacken, ja auch oft Haare dort lassen müssen, fittich entrichten. Soweit die gelbe Arbeiterbewegung eine Reaktion gegen übertriebene Klassenkampf sucht, gegen Sozialismus, Streikunehrigkeit und Organisationsterrorismus ist, hat sie als Warnendes Symptom sogar eine gewisse Berechtigung, abgesehen von der Subventionierung der gelben Arbeitervereinigungen durch die Arbeitgeber ihre moralische Wirkung wieder verflüchtigt. Sofern die gelbe Arbeiterbewegung aber sich als Sturmbock zur Schwächung der unabhängigen Koalitionsbestrebungen der Arbeitnehmer mißbrauchen läßt und ihre stärkere Entwidlung zu einer Plage die Folge hat, daß die Arbeitgeber nunmehr den Industriearbeitern und Beamten offen das freie Selbstbestimmungs- und Koalitionsrecht glauben nehmen zu können, da drohen der gefährlichen Entfaltung der Arbeitnehmerinteressen, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch in absehbarer Zeit Gefahren, und zwar nicht bloß den unabhängig organisierten, sondern auch den gelben Arbeitnehmern selbst, und sie werden — vielleicht schon zu spät — erkennen, daß sie das soziale Erbgut der Arbeiter, das Recht der unabhängigen, selbstständigen Organisation für ein Rinfengeld verkauft haben.

Diese Ausführungen sind schließlich nichts Neues. In anderer Form sind sie auch schon von uns zum Ausdruck gebracht worden. Trotzdem wollen wir die Gelben unterer Kollegen nicht vorenthalten. Habe es nicht unabhängige Organisationen der Arbeiter, so würden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen unmöglich sein. Die Gelben als Gegner der unabhängigen Organisationen sind das Bleigewicht, das die schnellere Aufwärtsbewegung der Arbeiterbewegung hindert. Trotzdem wird die Entwicklung dafür sorgen, daß die gelbe Sumpfgenätsche nicht allzu üppig ins Kraut schießen.

**Allgemeine Rundschau.**

Freitag, den 22. März 1912.

**Entscheiden der Gesellschaft für Soziale Reform für die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz** sind als Vorarbeiten zur nächsten Generalversammlung, 10.—12. September 1912 in Zürich, erstattet worden:—

1. **Seimarbeitfragen in Deutschland II.** Von Elise Lüders, Mitglied des Bureaus für Sozialpolitik. Behandelt wird darin die neue Gesetzgebung für die Seimarbeit (Hausarbeitsgesetz, Reichsversicherungsordnung, G.D. Novelle), der Schutz gegen Wucher- und Hungerlöhne, die Tarifbewegung in der Berliner Damenkonfektion, Käuferbund und Seimarbeit; der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen ist im Anhang mitgeteilt.

2. **Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großindustrie.** a) Bericht von Franz Wiber, Zentralvorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes, und b) Bericht von Gustav Sartmann, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Beide Schriften, die sich gegenseitig ergänzen, behandeln Art und Umfang der Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht, das Ueberstundenwesen, die Sonntagsarbeit, die Unfälle und Krankheitszeiten, die Zugangsbedingungen in der Nachtschicht, die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, die Nachtschichtschicht, die Konkurrenz des Auslandes.

An weiteren Berichten an die Internationale Vereinigung sind in Arbeit 3. eine Darstellung der Urlaubsverhältnisse der gewerb-

lichen Arbeiter, technischen und kaufmännischen Angestellten, 4. eine Darstellung der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner, 5. eine Darstellung der Arbeitszeiten in besonders gefährlichen und beschwerlichen Betrieben, 6. ein Bericht über Verwendung giftiger Stoffe in der Hausindustrie, 7. eine Statistik der Erkrankungen und Sterbefälle in den poligraphischen Gewerben.

Für unsere Jugendbewegung naht jetzt eine Zeit der Ernte, wenn die Situation richtig ausgenutzt wird. Oben steht vor der Tür und damit die Entlassung von vielen Tausenden von hoffnungsvollen Knaben und Mädchen aus der Schule. Sie treten jetzt ins Leben, um sich einen Beruf zu suchen. In ihrer freien Zeit aber drohen ihnen mancherlei Gefahren und Verdrüssungen. Die Jugend vor diesen zu bewahren, ist in erster Linie Aufgabe der Jugendbewegung und insbesondere der Jugendabteilungen der Deutschen Gewerksvereine. Deshalb müssen wir alle darauf bedacht sein, zur Stärkung unserer Jugendorganisation aus der großen Zahl der zu Oben aus der Schule Entlassenen möglichst viele Anhänger zu gewinnen. Es liegt dies auch im Interesse der Gewerksvereinsbewegung überhaupt, da sonst die Gefahr besteht, daß viele von den jungen Leuten für andere Bestrebungen interessiert und zu Gegnern der Deutschen Gewerksvereine herangezogen werden. Das aber muß vor allen Dingen verhindert werden. Deshalb richten wir an alle Gewerksvereiner und ihre Frauen die dringende Mahnung, ihre Kinder, die zu Oben aus der Schule kommen, unseren Jugendabteilungen zuzuführen. Wo eine solche Abteilung noch nicht besteht, muß sie aus Gewerksvereinskindern gebildet werden. Dazu aber muß jeder seine Sand beisteuern. Ebenso erziehen wir auch weiter namentlich die jüngeren Kollegen, sich mehr als bisher der Jugendbewegung zu widmen und vor allen Dingen jetzt, wo sich eine günstige Gelegenheit bietet, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen und alles daran zu setzen, daß unsere Jugendorganisation recht viele neue Anhänger erhält.

Aus unserem Gewerksverein der Bauhandwerker kann berichtet werden, daß die Agitation in der verflohenen Woche lebhaft fortgesetzt wurde. In Offenheim i. Bayern sprach in gut besuchter Versammlung Kollege Schenkler-Münchberg, mit dem Erfolge, daß sofort ein Ortsverein aufstehen kam. Das Feld für die Organisation ist hier noch ein sehr gutes, so daß Ausichten bestehen, in einigen Wochen sämtliche Bauhandwerker der Organisation zuzuführen. In Rößeln b. Halle wurde nach einem Vortrag des Kollegen Mülling-Magdeburg ebenfalls ein Ortsverein gegründet. Die hier beschäftigten 300 Steinarbeiter sind nur in geringer Anzahl dem sozialdemokratischen Verbandsangehörigen, so daß wir auch hier noch ein gutes, wenn auch schwer zu bearbeitendes Feld vor uns haben. Die letzten Erfolge, die der Gewerksverein der Deutschen Bauhandwerker zu verzeichnen hatte, wird hoffentlich die Verbandskollegen zur weiteren Mitarbeit anspornen. Es gibt noch unendlich viel Orte, wo Neugründungen vorgenommen werden könnten. Wir erziehen deshalb die Verbandskollegen, dies umgehend zu bewerkstelligen. Unvermeidliche Auslagen, die aus diesem Grunde entstehen, werden vom Gewerksverein der Bauhandwerker übernommen. Man wende sich ans Bureau Magdeburg, Katharinenstraße 2/3. Von dieser Stelle aus ist auch das Agitationsmaterial zu beziehen.

**Arbeiterbewegung.** Die Arbeitgeber im Schneidergewerbe sind krampfhaft bemüht, übertriebene Zahlen über die Streikenden und Ausgeworbenen zu verbreiten, um diejenigen Unternehmer, welche die Ausperrungsparole nicht befolgt haben, manken zu machen und ihnen den Glauben beizubringen, als müßten die Arbeitnehmer doch bald den Kampf aufgeben. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß die Situation für die Schiffe nach wie vor durchaus günstig ist. Die in der Presse auftauchenden Notizen von neuen Einigungsvereinbarungen sind zum größten Teil unzutreffend. Allerdings hat der Gewerbegerichts-director Dr. Brenner in München einen Vermittlungsversuch unternommen, ihn später aber wieder aufgegeben, nachdem die Unternehmer erklärt hatten, daß augenblicklich die Zeit für einen Ausgleich nicht gekommen sei. — Die Ausperrung der Schuhfabrikarbeiter in Wermelskirchen und Umgebung dauert nun schon die sechste Woche. Es ist keinerlei Veränderung bisher eingetreten. — In Görlitz haben am Montag die meisten Schuhmacherstellen die Arbeit eingestellt. — Ernste Differenzen drohen in Reuenburg i. Westpr. bei dem Zimmer-

meister Botik auszubrechen. Derselbe bewilligte im vorigen Jahre einen Tarif, der u. a. vom 1. Juli 1912 eine Stunde Arbeitszeitverfügung und einen Stundenlohn von 47 Pfennig und vom 1. Juli von 48 Pfennig vorzieht. Der genannte Unternehmer macht aber nun durch Anschlag bekannt, daß er nur die vorjährigen Löhne bezahlen will bei 11stündiger Arbeitszeit. Wer nicht zu diesen Bedingungen arbeiten will, sei entlassen. Die Arbeiter sind entschlossen, diesen unerhörten Vertragsbruch energisch abzuwehren. — In Lauenburg i. Pom. ist der Streik im Baugewerbe ebenfalls unvermeidlich. Die Einigungsverhandlungen wurden ohne Ergebnis abgebrochen. Die Unternehmer wollen nur einen Stundenlohn von 47 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit bewilligen, während die Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 46 Pf. fordern. Die Arbeiter haben das Angebot der Unternehmer abgelehnt. — In Berlin befinden sich die Bauschlosser und Kunstschmiede in einer Tarifbewegung. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse wurden als zu geringfügig zurückgewiesen und die Kommission beauftragt, weitere Verhandlungen anzubahnen.

In Bordeaux ist ein allgemeiner Streik der Lithographen und Steindrucker ausgebrochen, weil ihre Forderungen auf Lohnerhöhung, Ueberstundenzuschuß usw. nicht bewilligt worden sind. — Auch in Triest sind die Steindrucker und Lithographen wegen Tarifdifferenzen in den Streik getreten.

Die geplante Aufhebung der sogenannten Liebesgabe als Mittel zur Deckung der bevorstehenden Wehrvorlagen wird von der Presse der Rechten jcheinbar mit recht gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Man tut so, als ob die Regierung damit der Linken ein großes Gegenkommen erweise; innerlich aber ist man ganz damit einverstanden, wenn man nur von der verbotenen Erbschaftsteuer verschont bleibt. Damit soll natürlich nicht etwa gesagt werden, als ob die Brandtweindrenner nimmehr gelassen wären, in ihrer Selbstlosigkeit auf die Erträge, die ihnen durch die Liebesgabe zugeflossen sind, aus Patriotismus zu verzichten. Fällt ihnen gar nicht ein. Sie haben nämlich bereits Mittel und Wege gefunden, sich wenigstens einigermaßen für den Ausfall schadlos zu halten. Die Spirituszentrale hat nämlich beabsichtigt, die Verkaufspreise wiederum um 8 Mk. pro Hektoliter zu erhöhen, mit Ausnahme der Preise für Brennspiritus. Das ist ein Beweis dafür, daß man es auf jener Seite verstanden hat, den Verlust der Liebesgabe durch eine neue Schröpfung der Konsumenten wieder auszugleichen. Die beste Antwort, die den Herren dafür erteilt werden kann, würden wir darin erblicken, wenn die Arbeitererschaft noch mehr als bisher die Genußes von Alkoholenthält.

Wie man's macht, macht man's nicht richtig. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Saxeinisch-Striegau, Feldmann, hat sich gemüßigt gefühlt, nach seiner Wahl denjenigen, die als Nichtsozialdemokraten in der Stichwahl ihm ihre Stimme gegeben haben, öffentlich seinen Dank abzustatten. Dabei wird auch der „Vorstand des Kirch-Dunderschen Gewerksvereins“ genannt. Wahrscheinlich meint damit Herr Feldmann den Vorstand irgend eines Ortsverbandes, der für ihn eingetreten ist. Wenn dies geschehen ist, so widerspricht das entschieden der Parole, die von der Verbandsleitung ausgegeben ist, nach welcher es jedem Gewerksvereinsmitglied freisteht, so zu wählen, wie es seiner Ueberzeugung entspricht. Vorschriften dürfen niemand gemacht werden. Geradezu lächerlich aber ist es, wenn aus dieser Dankagung des Herrn Feldmann die Presse des schwarzen-blauen Blocks einen Vorstoß gegen die Neutralität der Deutschen Gewerksvereine herauslesen zu können glaubt. In einem Wahlzettel, der durch die konservative und Zentrumspresse geht, heißt es nämlich, daß „demgemäß die angeblich neutralen Kirch-Dunderschen Gewerksvereine durch eine ungewöhnliche Stichwahl-Parole den Sozialisten zum Siege verholfen haben.“ Das sei ein neuer Beweis für die angebliche Neutralität dieser Gewerksvereine, die sich ganz im Schlepptau der Sozialdemokratie befinden.

Werbwürdige Käuzel! Sonst liebt man es, die Gewerksvereine als Anhänger der Fortschrittler hinzustellen, hier sucht man sie als Schleppträger der Sozialdemokratie zu brandmalen. Wir meinen, daß gerade darin, daß die Gewerksvereiner für verschiedene Parteien eintreten, der beste Beweis für ihre Neutralität zu erblicken ist. Das können die Herren offenbar nicht begreifen.

Ein Landtagsabgeordneter wegen Streikpostens verhaftet. In Blauen befinden sich die Weber im Streik. Der sozialdemokratische sächsische

